



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/211 - 13.9.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170 -  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 080

Die Steuersenkungspläne Schäffers	S. 1
Die Katholiken jenseits des Eisernen Vorhangs	S. 3
Beginn des Bremer Wahlkampfes	S. 5

## Preissenkungen über die Steuer?

FB. Es ist sicher noch nicht an der Zeit, das angekündigte Preissenkungsprogramm des Bundeswirtschaftsministers als einen Fehlschlag zu bezeichnen. Trotzdem muss man vor Erscheinungen warnen, die der ganzen Angelegenheit einen geradezu komödienthaften Anstrich geben. Der Bundeswirtschaftsminister ist - er trifft sich hier mit sozialdemokratischen Ansichten - der Meinung, dass in vielen Bereichen der Wirtschaft eine Preissenkung möglich ist. Diese Wirtschaft aber hat bisher nur nach dem "Hannemann geh Du voran" - Motto reagiert.

Der Einzelhandel war als erster schnell bei der Hand, zu erklären, er sei sehr für gesenkte Preise aber leider nur in der Lage, Preissenkungen weiterzugeben, wenn andere sie vorher vornehmen. Die Fleischer lehnten Preissenkungen generell ab, erst sollten wieder die Preise für Schlachtschweine sinken. Der Grosshandel hat wiederum erklärt, er könne nicht zu den angestrebten Preissenkungen beitragen, weil in der Bundesrepublik kein Verkäufer-, sondern ein Käufermarkt besteht.

Und so geht es reihum, jeder hält die Idee für nützlich, aber keiner ist bereit, bei sich selber anzufangen. Nicht zuletzt darum, weil diese Aktion so in Gefahr gerät, nur noch für gegenseitige Beschuldigung herhalten zu müssen, gewinnen die Pläne, die Preissenkung auf dem Steuerwege zu erlangen, erhöhte Bedeutung.

Über die gute finanzielle Lage des Bundeshaushaltes zu sprechen, erübrigt sich, man kann sich sofort dem Problem zuwenden, wie die vorhandenen Reserven nutzbringend verwandt werden können. Ohne Zweifel sollte man diesmal einer Senkung der Verbrauchssteuern den Vorrang

SPD-Pressedienst

P/X/211

- 2 -

13.9.1955

gegenüber einer neuerlichen Ermässigung der direkten Tarife der Einkommen- und Körperschaftsteuer geben. Einmal, weil eine Ermässigung der direkten Tarife ohnehin bei den kleinen und mittleren Einkommen nur mit wenigen DM zu Buche schlägt, während die Grossverdiener den Hauptnutzen davon haben, zum anderen, weil endlich einmal mit der Senkung der unsozialen Verbrauchssteuern ein Anfang gemacht werden muss. Allerdings müsste dabei gesichert werden, dass die Senkung dieser Steuern auch tatsächlich im Preis weitergegeben wird.

Wenn man ein solches Programm durchführen will, dann bietet sich sofort die Senkung der Zündwarensteuer und die Abschaffung der Zucker- und Salzsteuer an. Das Bundesfinanzministerium, das wohl eingesehen hat, dass es sich dieser Entwicklung nicht mit Aussicht auf Erfolg in den Weg stellen kann, hat darum schon gestern angedeutet, es erwäge ernsthaft eine Senkung dieser Steuern.

Es sollte aber gerade diesem Ministerium nicht gestattet werden, ernten zu wollen, wo andere gesät haben. Gesetzentwürfe auf Senkung der Zündwarensteuer und Abschaffung der Zuckersteuer liegen schon seit geraumer Zeit dem Parlament vor. Es bedarf also keiner Initiative des Bundesfinanzministeriums und der Bundesregierung. Die Mehrheit des Parlaments braucht nur diesen sozialdemokratischen Gesetzentwürfen zuzustimmen. Das hat sie aber bisher kategorisch abgelehnt und der Bundesfinanzminister war es, der eine solche Haltung von der Mehrheit verlangte. Seine Pläne würden also nur eine Versögerung bedeuten, während die dem Bundestage vorliegende SPD-Gesetzentwürfe - wenn man den Willen dazu hat - in wenigen Wochen Wirklichkeit sein können.

+ + +

- 3 -

13.9.1955

### Ein Fels in der Brandung?

M.M-S. In der Polemik der Kräfte des politischen Katholizismus gegen die Sozialdemokratie spielt der "Kirchenkampf" in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs eine beträchtliche Rolle. Da erscheint die Gemeinschaft der katholischen Gläubigen als Fels in der Brandung; unbeirrbar und zu jedem Opfer entschlossen, in der Abwehr kommunistischer Einbruchversuche. Dem wird die Verschmelzung von KPD und SPD in der Ostzone, als angeblich freiwillige Entscheidung der Sozialdemokraten, gegenübergestellt.

Im Sommer dieses Jahres sah sich das Hl. Offizium in Rom genötigt, mit aller Schärfe gegen den "fortschrittlichen Katholizismus" in den sogenannten Volksdemokratien vorzugehen. Eine grosse Zahl "katholischer Presseorgane" in Polen, Ungarn und der Tschecho-Slowake wurde verurteilt und auf den Index der für Gläubige verbotenen Schriften gesetzt. Über diese Massnahme, die in eben dem Zeitpunkt erfolgt, da die internationale Entspannung dazu führen könnte, dass sich der Eisernen Vorhang nicht nur für die Schlachtenbummler eines Fussball-Länderspiels zwischen Deutschland und der Sowjetunion, sondern allgemein hebt, schreibt das "Echo der Zeit" (das Blatt der Fuldaer Bischofskonferenz) am 28. August 1955.

"Es hat sich nämlich nach und nach herausgestellt, dass eine grössere Zahl von katholischen Intellektuellen als ursprünglich erwartet (darunter auch Priester und selbst einige Prälaten) der kommunistischen Versuchung in den osteuropäischen Volksdemokratien auf die Dauer nicht widerstehen konnten und schliesslich "umgefallen" sind... Gegen diese gefährlich interne Wählerarbeit der sogenannten "fortschrittlichen Katholiken", welche Rom und Moskau mit Hilfe fauler "Kompromisse" auf "einen Nenner" bringen möchten, hat nun endlich das Hl. Offizium energisch Front gemacht."

Das Blatt nennt zahlreiche Namen führender Katholiken in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs, u.a. den des bedeutendsten Historikers Ungarns, dem kürzlich verstorbenen Szekfi, die sich in dieser Richtung hervortaten. Die Katholiken in den einzelnen "Volksdemokratien" seien immer stärker "desorientiert" worden, weil selbst führende Geistliche schliesslich dazu übergingen, die bolschewistische Gesellschaftsordnung auch geistig als eine "logische Folge wahrhaft christlicher Gesinnung" zu interpretieren und den Kommunismus als "Erfüllung der schon im Evangelium gegebenen Vision sozialer Gerechtigkeit zu feiern."

Am 18. Juni 1953 fand z.B. in Warschau eine Versammlung solcher "fortschrittlichen Katholiken" statt. An der Versammlung nahmen - neben vielen Angehörigen des niederen Klerus - u.a. teil der Prodekan der Warschauer theologischen Fakultät, Prof. Dr. Huet, und der Generalvikar der Erzdiözese Krakau. Den Geist der Versammlung kennzeichnet eine Rede des Pfarrers Dr. Radesz, der u.a. sagte:

"Der Boden Polens wurde zum Gebiet einer unserer Meinung nach

13.9.1955

ausserordentlich weittragenden Zusammentreffens zwischen der fast zwanzig Jahrhunderte alten Institution der Kirche - der Trägerin der von Gott offenbarten, in Bezug auf die Geschichte transzendentalen Wahrheit, - und der sozialistischen Revolution, deren Dynamik und gesellschaftlicher Bereich in der Geschichte nichts ihresgleichen hat. Die überwiegende Mehrheit der Geistlichkeit und der einsichtigen Katholiken hat die Thesen der Bewegung des gesellschaftlichen Fortschritts innerhalb des polnischen Katholizismus angenommen. Unsere Nation festigt ihre Unabhängigkeit durch den in der Geschichte Polens unbekanntem Aufbau einer eigenen mächtigen Industrie und durch die Modernisierung der rückständigen Wirtschaftsführung in der polnischen Landwirtschaft. Der Sieg bei der Erfüllung dieser Aufgaben bedeutet, dass die jahrhundertelangen Vernachlässigungen beseitigt werden und dass Polen unter den führenden Völkern Europas seinen Platz einnehmen wird. Die katholische Geistlichkeit in Polen muss zum Sieg dieser grossen Sache der gesamten Nation mit beitragen, sie muss zu dem Faktor werden, der die tiefsten moralischen Motive der staatsbürgerlichen Opferbereitschaft, die die gesamte polnische Gesellschaft aufbringt, mobilisiert."

An 28. September 1953 veröffentlichte der polnische Episkopat eine Erklärung, in der es u.a. hiess:

"Der polnische Episkopat bestätigt, dass heute, im Augenblick, da die deutschen Revisionisten ihre Anstrengungen gegen die Unverletzlichkeit unserer Grenze an Oder und Neisse verdoppeln, ..eine volle Konsolidierung unserer Gesellschaft notwendig ist. ..Die Aktivität der internationalen Kreise, die einen neuen Krieg entfesseln wollen, verlangt, dass alle ihre intellektuellen und moralischen Anstrengungen ausrichten auf die Sicherung des Friedens und die Stärkung der polnischen Macht und die Steigerung ihrer Widerstandskraft."

Ein Rundschreiben der Bischöfe an den polnischen Klerus vom 9. Februar 1953 lässt erkennen, wie stark die kommunistische Infiltration in die Reihen der Geistlichkeit bereits gelungen ist. Mit vorsichtiger Hand suchen die Bischöfe eine allzu lebhaftes kommunistische Agitation der Priester zu begrenzen:

"In der katholischen Gemeinschaft fühlt man sehr genau, was sich für einen Priester schickt. Sie liebt keine Politiker in der Soutane und keine politischen Ansprachen von der Kanzel. Sie liebt keine Priester, die sich an politischen Debatten erhitzen. Überlassen wir diese Dinge den Berufspolitikern... Versuchen wir allen Mitbürgern, ohne Rücksicht auf ihre politische Haltung, zu dienen, richten wir an alle das Wort des Evangeliums: Friede sei diesem Hause!"

Dieses Bild wird abgerundet durch die bemerkenswerte Tatsache, dass es in Westeuropa nur in den katholischen Ländern Italien und Frankreich starke kommunistische Bewegungen gibt. Auch hier sind bedeutsame Tendenzen innerhalb des Katholizismus feststellbar, der kommunistischen "Heilslehre" zu verfallen.

Im Hintergrund steht Bonn

von Hermann Hansing M.d.B.

Bremen, das kleinste Land in der Bundesrepublik - ein Stadtstaat - steht in den nächsten Wochen im Blickfeld der Öffentlichkeit. Bremen wählt am 9. Oktober eine neue Bürgerschaft. Wer im politischen Leben von Bremen spricht, spricht unwillkürlich von Kaisen. Die einen rühmen seine Weitsicht, die anderen kritisieren seine Eigenwilligkeit. Dabei standen bei den Rühmenden sehr oft die Bonner Koalitionsparteien in vorderster Linie. Das ist heute bei dem Bürgerschaftswahlkampf vorteil. Kaisen ist für sie der verhasste Sozialdemokrat und soll ebenso, wie Brauer und Kopf gestürzt werden. Das mag Wilhelm Kaisen etwas bitter in den Ohren klingen, aber es ist so. Die Bremer SPD hat sich auf diesen Tag sorgfältig vorbereitet.

Wenn die Bonner Regierungsparteien auch nur ähnliche Stimmengleichheiten in Bremen bekommen, wie in Hamburg, werden sie rücksichtslos ohne SPD allein regieren. Ihre Absprachen sind auf dieses Ziel klar gerichtet. Während die SPD Bremen auf ihre geleistete Arbeit verweisen kann, reiten CDU, DP und FDP auf dem lahmen Gaul - Wirtschaftswunder -. Ihre Parole heisst: "Mit Adenauer und Erhard für die Sicherheit und den weiteren Aufstieg Bremens." Man darf gespannt sein, wie Herr Adenauer den Wiederaufbau Bremens für sich buchen wird.

CDU, DP und FDP marschieren getrennt, aber in Frontalangriff gegen die SPD. Dabei wurde der DP auf Grund alter Erfahrungen aus der Vergangenheit die Dreckschleuder in die Hand gedrückt. CDU und FDP möchten sich vorerst noch als "faire" Gegner deklarieren. Eines aber haben alle drei gemeinsam, den Kampf gegen die SPD.

Wieviel Parteien treten in Bremen an? Da ist einmal die SPD, dann die drei Bonner Regierungsparteien, die KP und als "Soziale Mitte" der BHE, der sich mit der DRP und der Notgemeinschaft des Mittelstandes verschmolzen hat. Weiter tritt der Bund der Deutschen auf und als achter Herr Loritz von der WAV. Noch ist nicht klar zu erkennen, wer die Liste der WAV besetzen soll, da Loritz selber für seine Loritzelei in Bremen nicht kandidieren kann. Unkontrollierten Informationen nach sollen sich ehemalige SRP-Leute für Loritz

interessieren.

Obwohl die SPD in Bremen nach dem Verbot der SRP als Minderheitsregierung, toleriert von den Kommunisten, allein hätte regieren können, lehnte die SPD eine solche Regierung ab. Ja, sie betont auch heute, dass sie nicht gewillt ist, bei einem eventuellen Sieg allein zu regieren: sie will in der Regierung den Bremer Kaufmann vertreten wissen. Trotzdem wirft man der SPD in Bremen Alleinherrschaft und diktatorische Gelüste vor. Im Hintergrund aber steht in Wirklichkeit Bonn, steht Herr Adenauer, Herr Adenauer kann es nicht überwinden, dass die SPD im Norden der Bundesrepublik immer noch einen Mann hat, der an der Spitze eines, wenn auch kleinen, Staates steht.

Heute sitzt die SPD mit 43 gewählten und 3 von BHE, DP und FDP übergetretenen, d.h. 46 Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft. Demgegenüber stehen 6 KP, 9 CDU (die CDU verlor 151 von 24 15 Mandate dank der Arbeit von Herrn Müller-Hermann), 1 FDP, 15 DP und 3 BHE Abgeordnete. Die SPD verfügt allein über die Mehrheit in der bremischen Bürgerschaft. Da in Bremen noch das Verhältniswahlrecht mit der 5 %-Klausel gewählt wird, ist die Frage des Ausgangs der Wahl offen. Wird die "Soziale Mitte", wird die KP und wird die WAV die 5 %-Klausel überspringen? Bei der K und der "Sozialen Mitte" ist es möglich, bei der WAV ist nicht damit zu rechnen.

In Bremen steht ein Wahlkampf vor der Tür, der alle anderen, die nach 1945 geführt wurden, in den Schattenstellen wird. Bremens SPD ist nicht in der Abwehr, sie ist im Angriff. Pausenlos wird sie in den nächsten 4 Wochen im Angriff bleiben; sie ist fest davon überzeugt, dass sie wieder die Regierung in Bremen führend übernehmen wird.

+ + +

---

Verantwortlich: i.V. Albert Eler